

Postulat Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli, FDP/Florence Schmid, JF): Kosten von parlamentarischen Vorstössen müssen ausgewiesen werden

Im letzten Jahr 2020 hat der Stadtrat 244 parlamentarische Vorstösse bearbeitet. 328 neue Vorstösse wurden eingereicht (vgl. Jahresbericht der Stadt Bern 2020, Band 2, S. 17 und Band 3, S. 57 f.). Die Möglichkeit, parlamentarische Vorstösse einreichen zu können, sind ein wichtiges - wenn nicht das wichtigste Instrument - in einer Demokratie.

Ob der grossen Menge an jährlichen Vorstössen der Stadtberner Legislative kommt aber der Verdacht auf, dass das wertvolle Instrument zumindest in einigen Fällen weniger der Sache selbst als vielmehr dem Marketing einiger Persönlichkeiten oder Parteien dient.

Jeder einzelne Vorstoss verursacht viel Aufwand. Insbesondere viel Aufwand fällt bei der Verwaltung für die Beantwortung des Vorstosses an. In der Stadt Burgdorf wurde zum Beispiel jüngst auf Beantwortung einer Interpellation aufgezeigt, dass sich der Stundenansatz für die Beantwortung eines Vorstosses zwischen CHF 160-200 bewegt. Und dass die Beantwortung oftmals über 20 Stunden dauere (vgl. Artikel der Berner Zeitung „So viel kostet ein parlamentarischer Vorstoss“ vom 23. März 2021).

In diesem Sinne sind Vorstösse also nicht bloss demokratisch wertvoll. Sondern auch in Sachen Aufwand. Diesem Aufwand soll Rechnung getragen werden. Im Kanton Aargau wird das bereits seit 2001 praktiziert: Dort weist die Verwaltung ihren Aufwand für die Beantwortung eines jeden einzelnen parlamentarischen Vorstosses aus. Der Aufwand setzt sich dabei aus einem Einheitsstundensatz, einem Nebenkostenzuschlag und einer Supportpauschale zusammen (vgl. z.B. Beitrag von SRF1 vom 5. April 2019, abrufbar unter www.srf.ch/news/region/aargau-solothurn/ueber-200-anfragen-im-parlament-die-vorstoss-flut-im-grossen-rat).

Entsprechend bitten wir den Gemeinderat:

Zu prüfen, wie der Aufwand für die Bearbeitung eines jeden parlamentarischen Vorstosses (administrativer Aufwand, Beantwortung etc.) möglichst effizient aufgezeigt werden kann.

Bern, 01. Juli 2021

Erstunterzeichnende: Ursula Stöckli, Florence Schmid

Mitunterzeichnende: Tom Berger, Claudine Esseiva, Vivianne Esseiva, Dolores Dana